

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6spaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spaltene Kellamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 98

Stolp, Donnerstag, den 28. April 1927

51. Jahrgang

Zum Stahlhelmtag in Berlin.

Der Allgemeine preussische Polizeibeamten-Verband, eine einseitig sozialistisch orientierte Organisation, hat aus Anlaß des bevorstehenden Berliner Stahlhelmtages einen Aufruf an seine Mitglieder erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Halte die Augen auf, melde uns, Eurem Verband und Euren Beamten-Ausschüssen, wenn ihr zu Dingen befohlen oder verwandt werden solltet, die ihr als Republikaner nicht tun dürft.“

Der Zweck dieses Aufrufes kann nur der sein, durch Einwirkung einer gewerkschaftlichen Beschwerdestelle und durch bewußte Fälschung des unbedingt notwendigen Vertrauens-Verhältnisses zwischen Führung und Beamtenschaft die Polizeibeamten in der Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten zu verwirren. Die unteren Polizeibeamten sollen gegen ihre Offiziere von vornherein eingenommen werden. Der Aufruf ist daher als eine einseitig politisch gefärbte Stellungnahme von aktiven Staatsbeamten zu bewerten, die sich mit den Pflichten des Polizeibeamten nicht vereinbaren läßt.

Trotz dieses recht bedenklichen Symptoms nimmt man in Berlin politischen Kreisen jedoch an, daß die Polizei in ihrer großen Mehrheit während der Stahlhelmtagung ihre Pflicht tun wird, zumal der freigewerkschaftliche Polizeibeamten-Verband nicht gerade viel Mitglieder in seinen Reihen zählt. Im übrigen werden die seit über eine Woche in der gesamten Linkspresse verbreiteten Alarmnachrichten über die Möglichkeit einer Zusammenstoße zwischen dem Stahlhelm und den Kommunisten weder in politischen Kreisen noch bei der Leitung der Berliner Polizei ernst genommen, zumal der Stahlhelm die feste Versicherung abgegeben hat, daß sich seine Mitglieder allen Anordnungen der Polizei fügen werden. Es findet außerdem, wie bei dem Rotfrontkämpfer-Tag im vergangenen Jahre, für alle nach Berlin kommenden Stahlhelmsoldaten eine Durchsuchung nach Waffen statt. Innerhalb besteht in maßgebenden Kreisen einläufige Bemerkung wegen der heute vormittag veröffentlichten Mitteilung des Reichsbanners, wonach das Reichsbanner für den 7. und 8. Mai eine Alarmbereitschaft eingeleitet hat. Zwar erklärt das Reichsbanner, daß die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung Sache der Polizei ist, damit aber in einem Rundschreiben an seine Mitglieder an, daß sie eventuell für den „Schutz der Republik“ zur Verfügung stehen müßten, was nichts anderes bedeuten würde, als daß das Reichsbanner die Absicht hat, die Polizei zu unterstützen. In politischen Kreisen erwartet man, daß die preussische Regierung und die Berliner Polizei mit aller Entschiedenheit diese „Unterstützung“ ablehnen und gegen den Plan einer Alarmbereitschaft des Reichsbanners Stellung nehmen werde. Die Gefahr, die schon in der Ankündigung einer solchen Alarmbereitschaft liegt, ist nicht zu unterschätzen.

Schließlich kann nur nochmals entgegen allen irreführenden Nachrichten festgestellt werden, daß weder die zuständigen Stellen des Reiches noch die Preussens den zahlreichen Aufforderungen der Linkspresse, den Stahlhelmtag noch in letzter Stunde zu verbieten, nachzukommen gedenken.

Was will der Stahlhelm in Berlin?
Dresden, 27. April. Die hiesige Ortsgruppe des Stahlhelms feierte gestern Abend ihr dreijähriges Bestehen. Der Feier wohnten als Ehrengäste der Bundesführer Selbte und Forstrat Escherich bei. Der Führer der Ortsgruppe Dresden betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Republik Forstrat Escherich mehr verdanke als allen anderen. Darauf erfolgte die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Generaloberst von Kirschbach.

In seiner Rede erklärte Bundesführer Selbte: Nicht um begrüßt zu werden oder um sich für irgend etwas zu bedanken, kamen die Stahlhelmer am 8. Mai nach Berlin, sondern um es — ohne Waffen — zu erobern! Man erobere nicht etwas, was einem freundlich gesinnt sei, sondern was einem feindlich gegenüberstehe. Nachdem der Stahlhelm jahrelang um die Festung Berlin herumgegangen sei, fasse er sie jetzt und nehme sie im Sturm, unbekümmert um das Blut- und Wehgeschrei der Toten und Kränklichen. Er gehe nicht hin, um für oder gegen irgend etwas zu demonstrieren oder zu opponieren, sondern mit ganz positiven Zielen. Er wolle dort zeigen, daß die Berliner offenbar noch gar keine Ahnung habe. Er trete auf als der Vertreter einer Idee mit dem schärfsten nationalen Egoismus, der sich denken lasse. Nicht als Revolutionäre lämen die Stahlhelmer, sondern als Staatsbürger, zu denen die Nachkriegszeit erzogen habe. Sie besahnen diesen Staat, ihn nach ihren Idealen gestalten. Sie marschieren in Berlin nicht auf aus Trotz, sondern sie würden für das Ziel des Stahlhelms, für Deutschlands innere und äußere Befreiung! Forstrat Escherich erklärte: Was der vaterländischen Bewegung in der letzten Zeit geschadet habe, das sei ihr Mangel an Einigkeit gewesen. Der Stahlhelm habe die große gemeinsame Aufgabe, alle vaterländischen Verbände wieder zu einem großen nationalen Block zusammenzuschweißen. Eine weitere Aufgabe des Stahlhelms sei der Zusammenhalt der

deutschen Stämme. Seine Hauptaufgabe aber bleibe die Erhaltung der Wehrhaftigkeit im Volke.

Ein türkisch-jugoslawisches Bündnis?

Ueber die Beweggründe zu dem freundschaftlichen Schritt der Großmächte in Belgrad erzählt der Asien-Europa-Dienst aus Paris von einer dem türkischen Außenminister Nuchdi Bey nachstehenden hervorragenden Persönlichkeit:

Die Einsprache aus Belgrad soll die unmittelbar drohende Gefahr größerer Komplikationen beseitigen. Die Bündnisverhandlungen zwischen Jugoslawien und der Türkei sind infolge des italienischen Druckes auf beiden Seiten, vornehmlich aus Belgrad, schon ziemlich weit vorgeschritten. Jugoslawien hat sich bereit erklärt, den Friedensvertrag von Lausanne zu unterzeichnen, wenn die Türkei sich verpflichtet, die türkische Bevölkerung aus Mazedonien nach Kleinasien zu verpflanzen und mit Jugoslawien ein Defensiv-Bündnis abzuschließen. Der Zweck dieses Bündnisses wäre die Verteidigung beider Staaten gegen die italienische Gefahr. Der diplomatische Vertreter Jugoslawiens in Angora machte darauf aufmerksam, daß schon die Tatsache des Bestehens eines solchen Bündnisses genügen würde, um Italien von seinen jöhningen und kriegerischen Absichten abzurufen. Auf dieses Anerbieten gab Tewfik Nuchdi Bey die Antwort, daß der Vorschlag betreffend die Ueberfiedelung der türkischen Bevölkerung aus Mazedonien von der Angora-Regierung unter gewissen Bedingungen grundsätzlich angenommen werden könnte. In der Frage des Militärvertrages bewahrt die Türkei Zurückhaltung, weil sie einerseits das Schwerkrieg der italienischen Gefahr im Augenblick von sich selbst abgewandt sieht, andererseits ihre asiatischen Besitzungen durch das Militärbündnis mit Rußland gesichert weiß.

Es wird von der informierenden türkischen Persönlichkeit weiter mit allem Nachdruck hervorgehoben, daß zwischen der Türkei und Rußland ein politischer und militärischer Offensiv- und Defensiv-Vertrag besteht, der eine gegenseitige militärische Verteidigung der territorialen Unverletzbarkeit beider Staaten gegen einen Angriff kriegerischer Mächte vorsieht. Er bindet beide Parteien aber nur in bezug auf ihre asiatischen Länder und deren Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern so weit, als Asien in Frage kommt. Weder Moskau noch Angora haben das Recht, ein Abkommen mit einem asiatischen oder europäischen Staat über asiatische Fragen abzuschließen, ohne eine vorherige Verständigung untereinander zu treffen. In bezug auf den Bosphorus behalten sich beide Länder vollständige Handlungsfreiheit vor. Demnach hätte die Türkei das Recht, mit jedem Balkan- oder europäischen Staat ein Bündnis abzuschließen, ohne einen Bruch mit Rußland befürchten zu müssen; ja, der russische Gesandte in Angora befürwortet wärmstens ein türkisch-jugoslawisches Bündnis.

Polnische Heze gegen Danzig.

Danzig, 27. April. Das Danziger Polenblatt, die „Gazeta Odbanska“, das seit Jahren einen planmäßigen Hetz- und Verleumdungskampagne gegen das Deutsche führt, veröffentlicht heute einen langen Artikel über die polnische Politik gegenüber Danzig, der in der hiesigen Presse sowohl wie in der gesamten Bevölkerung helle Empörung hervorgerufen hat. Der Artikel fordert die polnische Regierung zu nichts geringerem als zu einer gewaltsamen Aktion gegen Danzig auf, und wendet sich in schärfsten und würdelosesten Ausdrücken gegen die Politik der Verständigung und des guten Willens. Polen müsse seine bisherige Politik einer gründlichen Revision unterziehen und mit unerbittlicher Rücksichtslosigkeit gegen den „Zwerg“ Danzig vorgehen. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Wenn das kapriziöse Söhnchen allzu sehr der Mutter lästigt wird und mit geduldsigen Mahnungen und Warnungen keine erwünschten Resultate erzielt werden, dann nimmt man die Rute und dreißt ganz ordentlich die Hörschen aus. Schon allzulange verhöhnt Danzig das Ansehen des polnischen Reiches. Es ist Zeit, jetzt an die Rute zu denken. Mittel haben wir genug, übergenug in der Hand. Der Danziger wird zuerst schreien, wird sich winden und brechen und in alle Welt hinausbrüllen. Mag er schreien, mag er brüllen! Die Hungerkur (!) wird ihm gut tun und ihn zur Besserung bringen. Er wird sich schon allmählich beruhigen und dann artig werden. Unser Marschall (Pilsudski) wird ihn schon zu zähmen wissen, und wenn er auch mit der Peitsche knallen müßte. Wenn er das tun wird und das durchführen wird, dann wird ganz Polen hinter ihm wie eine Mauer stehen und das polnische Volk wird ihm dankbar dafür sein. Er kann das tun — er hat die Macht dazu. Dreßche, Dreßche, Herr Marschall, nach deiner Art! Dieses Argument würden die Danziger verstehen, denn sie haben sich daran gewöhnt. Mache er sofort Ordnung und befreie unsere Augen, unser Atmungsorgan von diesem Lipdruck, der uns seit Jahren drückt!“

Die Tonart dieses Artikels ist charakteristisch für die Art und Weise, wie man in Polen angeblich eine „Verständigung“

Die Genfer Leichenreden.

Die Genfer Totengräber haben ihr Werk vollendet. Am Dienstag Abend hat sich das Grab über der zu Tode diskutierten Abrüstungskonvention geschlossen. Vorausichtlich am 1. November soll allerdings eine Erhumierung vorgenommen werden zum Zwecke von Wiederbelebungsversuchen. Ob sie Erfolg haben werden, ist allerdings mehr als fraglich, selbst wenn dann ein Vertreter des „friedliebenden“ Moskauer dem Vorkonzil teilnehmen sollte. Aber vielleicht gelingt es, wenigstens die Todesurkunde einwandfrei festzustellen.

Der Vorsitzende des Vorbereitungsausschusses, London, hat bei der Trauerfeier am Dienstag die Leichenrede gehalten, in der er etwas Tröstliches zu sagen versuchte. Noch am Grabe pflanzte er die Hoffnung. Die Beratungen der gegenwärtigen Tagung — so führte er aus — zeigten sehr bald, daß im gegenwärtigen Stadium die Ausarbeitung eines gemeinsamen Konventionstextes noch nicht möglich ist. Die Regierungen werden aber auf Grund des Schlussberichtes in der Lage sein, eine eingehende Prüfung des Abrüstungsproblems vorzunehmen, die zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Textes in der zweiten Lesung unerlässlich ist.

Ob diese Lesung einige Monate früher oder später stattfindet, ist nicht von Bedeutung. Die auf Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Coolidge, zusammengetretene Dreimächtekonferenz wird für die Fortsetzung der Arbeiten von großer Bedeutung sein. Von dort appellierte wiederholt an die Einsicht der öffentlichen Meinung und betonte, daß man sich über das Ergebnis der Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz erst nach der zweiten Lesung, die unbedingt noch im Laufe dieses Jahres vorgenommen werden müsse, wird aussprechen können. Jede Ueberstürzung allerdings, so schloß London, muß im Interesse des Enderfolges vermieden werden.

Auch Graf Bernstorff hat, wie gemeldet, dem Werk des Vorbereitungsausschusses einen Nachruf gewidmet, allerdings nicht offiziell, sondern bei einem Empfang der internationalen Pressevertreter. Graf Bernstorff erkannte einerseits den Wert der ersten Lesung an, da sie die Auffassungen der verschiedenen Regierungen über die Abrüstungsfrage klargestellt hat. Andererseits haben die Regierungen durch ihre Instruktionen an ihre Delegierten sehr wenig Eifer für die eigentliche Abrüstung gezeigt. Weiter umschrieb Graf Bernstorff auf verschiedene Anfragen die Auffassungen Deutschlands von einer wirklichen Abrüstungsbeschränkung durch folgende 4 Forderungen: 1. Beschränkung der Effektivbestände, 2. Beschränkung der ausgebildeten Reserven, 3. Beschränkung des in Dienst befindlichen Materials und 4. das in Depot befindlichen Reservematerials. Auf Grund des Artikels 8 des Völkervertrages hat, so betonte Graf Bernstorff weiter, Deutschland ein Recht nicht nur auf Begrenzung, sondern auf allgemeine Herabsetzung der Rüstungen. Er gab ferner der Hoffnung Ausdruck, daß Rußland an den weiteren Abrüstungsarbeiten teilnehmen wird. Auf die Frage, ob nach seiner Auffassung eine zweite Einladung an Rußland notwendig sei, antwortete Graf Bernstorff, wenn das die ganze Schwierigkeit sei, so hoffe er, daß eine zweite Einladung an Rußland ergehen werde.

mit Deutschland erstrebt. Die Auslassungen sind deshalb bedauerlich, weil die größte parlamentarische Partei Polens hinter dieser Presse steht.

Der Wiking-Olympia-Prozess.

Schluss der Beweisaufnahme.

Leipzig, 27. April. Zu Beginn der heutigen Verhandlung in Sachen Wiking-Olympia vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, nahm Rechtsanwalt Bloch zu der gestrigen Meldung des „Berliner Tageblattes“ Stellung, wonach Kapitän Ehrhardt beabsichtige, in der heutigen Sitzung eine längere Erklärung über den Bund Wiking abzugeben, die einen Vergleich mit Preußen in der Frage des Verbotes des Wiking andahnen könnte und daß er sogar soweit gehen werde, zu erklären, der Bund Wiking würde sich für die Republik einsetzen. Hierzu erklärte Rechtsanwalt Bloch im Namen des Bundes Wiking, daß die Veröffentlichung jeder Grundlage entbehre, daß der Bund mit der Nachricht in keinerlei Zusammenhang stehe und daß ihm insbesondere der Zweck der Nachricht nicht erklärlich sei.

Nachdem in der Vormittagsverhandlung die Beweisaufnahme geschlossen war, beschloß das Gericht die Behauptung als wahr zu unterstellen, daß der Verein Olympia nach 1924 nicht mehr im Besitz von verbotenen Waffen gewesen ist. Der Beweisantrag der Verteidiger, daß etwa Mitte November 1925 der damalige Berliner Polizeipräsident Grzesinski in Uebereinstimmung mit Oberbürgermeister Scheidemann Waffen nach Kassel gebracht habe, wurde als unerheblich abgelehnt. Die Zeugen von Sodenstern, von Luck, Schmidt-Weimar und Räschagen wurden nicht vereidigt. In der Nachmittagsitzung begannen die Plaidoyers.

